

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVII 4–2011

Internet und Demokratie

Schwerpunktredaktion: Frederik Holst, Wolfram Schaffar

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 FREDERIK HOLST, WOLFRAM SCHAFFAR
Internet und Demokratie
- 9 THOMAS KERN, SANG-HUI NAM
Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und neue Kommunikations-
technologien in Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand
- 30 CHRISTOPH AMTHOR
Virtuelle Heimat und reale Chancen:
Online-Mediennutzung der birmanischen Diaspora
- 49 WOLFRAM SCHAFFAR
Der Staat im Internet:
Nutzung und Kontrolle des Internets in Singapur
- 72 EVA EICHENAUER
Alternative Realitäten im Internet: Eine vergleichende Analyse
malaysischer Print- und Onlinemedien
- 92 FREDERIK HOLST
Cyberspace – A Better Place?
Ethnicization in Malaysia's Online Media
- 114 WALTER SCHICHO, INGEBORG GRAU
Irmi Maral-Hanak (1967–2011)
- 117 Rezension
- 119 Schwerpunktredakteure und AutorInnen
- 122 Impressum

WOLFRAM SCHAFFAR

Der Staat im Internet:

Nutzung und Kontrolle des Internets in Singapur

Seit seiner Einführung vor zwei Jahrzehnten befeuert das Internet die Erwartung, dass mit der Ausbreitung des Netzes und dem Zugang zu erweiterten und verbilligten Kommunikationsmöglichkeiten eine weitreichende Demokratisierung einhergeht. Diese Erwartung stützt sich zunächst auf Einschätzungen, die mit den technischen Eigenschaften des Internets zu tun haben: Wegen seines dezentralen Aufbaus könnten die Datenströme im Internet nicht mehr zensiert werden. Eine Kontrolle des Mediums sei nicht mehr möglich, und autoritäre Regime, die sich bislang auf diese Kontrolle stützen konnten, würden unter dem Druck des freien Zugangs zu unzensierten Informationen zusammenbrechen (in Bezug auf China vgl. Taubman 1998; Yang 2003; Zhou 2006).

Diese Gedankenfigur folgt einer besonders in den USA verbreiteten Erzählung, dass die sozialistischen Länder in Mittel- und Osteuropa durch die Sendungen von Radio Free Europe und die Sowjetunion durch das Schmuggeln von Kopier- und Faxgeräten zu Fall gebracht wurden (Morozov/Meyers 2011). Beim Internet wird jedoch eine weitere technische Komponente als demokratiefördernd angenommen: Durch seinen dezentralen und un-hierarchischen Aufbau würde durch die Benutzung des Netzes das Verhalten der NutzerInnen selbst demokratisiert. Es wird also angenommen, dass politische Debatten im Internet nicht nur den Radar der Zensur umgehen können, sondern aufgrund der Netzstruktur auch einen anderen Charakter annehmen und partizipativer, weniger hierarchisch etc. werden (Faris/Etling 2008: 74; Zaw Oo 2006).

Diese Art von technischem Dezisionismus prägte lange Zeit nicht nur die (populär-)wissenschaftlichen Einschätzungen, sondern auch die Erwartungen ranghoher PolitikerInnen – und damit die Außenpolitik der USA,

die sich als Exporteur von Demokratie versteht und dabei auf Technologieexport setzt. Vor diesem Hintergrund ist eine Rede von Bill Clinton zu verstehen, die zum geflügelten Wort wurde: „In the new century, liberty will spread by cell phone and cable modem [...]. Now, there’s no question China has been trying to crack down on the Internet – good luck. That’s sort of like trying to nail Jello to the wall“ (Clinton 2000).

Neben Argumenten, die sich allein auf die technischen Eigenschaften des Netzes beziehen, gibt es auch solche, die der Wirtschaft eine zentrale Rolle bei der Entfaltung der demokratisierenden Wirkung zusprechen. Als „Diktatordilemma“ wurde die Gedankenfigur bekannt, die vor den Zeiten des Internets von George Shultz (1985) geprägt und später auf die neuen Kommunikationsmedien übertragen wurde. In der wissensbasierten Ökonomie nehme Internetkommunikation einen immer zentraleren Stellenwert für die wirtschaftliche Entwicklung ein. Ohne Internet könnten internationale Finanztransaktionen, Geschäftsabwicklung etc. nicht mehr geleistet werden. Daher befänden sich autoritäre Regierungen in der dilemmatischen Situation, dass sie entweder das Internet beschneiden könnten, was aber die wirtschaftliche Entwicklung behindern und ihre Legitimationsgrundlage aufs Spiel setzen würde. Oder aber sie ließen das Internet zu, verlören aber durch die sich ausbreitenden Informationen und die Informationsfreiheit ebenfalls ihre Legitimationsgrundlage. In ihrer Grundsatzrede anlässlich der beginnenden Umbrüche in der arabischen Welt bekräftigte auch die derzeitige US-Außenministerin, Hillary Clinton, die klassische Position der US-Regierung: „When countries curtail internet freedom, they place limits on their economic future. [...] They will face a dictator’s dilemma [...]“ (Clinton 2011).

Sowohl die rein technik-dezisionistische, als auch die komplexere Gedankenfigur des Diktatordilemmas können als Varianten einer Art informationeller Modernisierungstheorie charakterisiert werden: Der Grundgedanke ist, dass eine alternativlose, zielgerichtete technische Entwicklung sowie die wirtschaftliche Integration in die Weltmärkte zur Verbreitung des Internets führt und damit eine Art neue Mittelschicht entsteht. Diese Schicht definiert sich jedoch nicht materiell, sondern über ihre Kommunikationspraktiken: Angeregt von der frei verfügbaren und unzensierten Information aus aller Welt und geprägt von der Praxis nichthierarchischer partizipativer Kommunikation fordert sie Demokratie und Freiheit.

Auch wenn besonders die frühen technik-dezisionistischen Einlassungen aus heutiger Sicht recht pauschal klingen, scheinen die gleichen Gedanken bis heute reflexartig in politischen Kommentaren auf, wenn es in einem Ort der Welt zu politischen Protesten kommt. Die Umbrüche in Nordafrika stellen den gegenwärtigen Höhepunkt dieser Einschätzungen dar und schlagen sich nicht nur in der Verwendung der Bezeichnung „Facebook-Revolution“ in den Zeitungen nieder, sondern werden auch durch Veranstaltungen von politischen Stiftungen und anderen Akteuren reproduziert¹.

Im Zuge der Debatten zur arabischen Welt haben sich jedoch mehr und mehr Stimmen gemeldet, die die Interpretation als „Facebook-Revolution“ anzweifeln: Barkawi (2011) übt deutliche Kritik an der eurozentrischen Implikation und der westlichen Vereinnahmung der Revolutionen, die durch diesen Begriff transportiert wird. Ähnlich der Erzählung von den in die Sowjetunion geschmuggelten Kopiergeräten wird durch den Begriff „Facebook-Revolution“ suggeriert, der Westen liefere erneut die Idee und die Technologie für die Revolution in die betreffenden Länder. „To listen to the hype about social networking websites and the Egyptian revolution, one would think it was Silicon Valley and not the Egyptian people who overthrew Mubarak“ (Barkawi 2011).

Andere AutorInnen gehen noch weiter und stellen heraus, dass gerade das Ausschalten des Internets zur entscheidenden Form von Organisation führte, da dadurch ein Verharren hinter dem Bildschirm nicht mehr möglich war und zur Selbstverteidigung gegen die Schlägertrupps und Polizeieinheiten Nachbarschaftsgarden gebildet wurden (Barkawi 2011; Hassanpour 2011). Selbst von der Seite derer, die professionell Demokratieförderung über die Verbreitung des Internets betreiben, kommen in letzter Zeit kritische Stimmen: Evgenij Morozov, Mitarbeiter der US-amerikanischen Stiftung *Endowment for Democracy*, wurde in der jüngsten Debatte zu einem prominenten Kritiker des „Internet-Utopismus“ (Morozov 2009; Morozov/Myers 2011)

Jenseits der Arbeiten, die aus Anlass aktueller politischer Umbrüche entstehen, kamen Studien, die den Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie über einen längeren Zeitraum betrachten, schon seit langem zu einem nüchterneren Ergebnis (z.B. Khalatil/Boas 2003). An vergleichenden statistischen Arbeiten, die den Zusammenhang zwischen der Verbreitung des Internets und der demokratischen Entwicklung anhand großer Länder-Samples untersuchen, sind die Arbeiten von Best und Wade (2009) und

Groshek (2009) zu nennen, die die Internetdurchdringung an Parametern wie Internetanschlüssen pro 1000 EinwohnerInnen sowie das Demokratieniveau eines Landes anhand einiger ausgewählter Variablen der gängigen Demokratieindizes messen. So finden Best und Wade für den Zeitraum zwischen 1992 und 2002 einen statistisch relevanten Zusammenhang zwischen beiden Variablen, der so weit reicht, dass die Autoren konstatieren, „in this time period an extra 131 Internet users per 1,000 people corresponds to a one point jump on the 14 point democracy index“ (Best/Wade 2009: 255).

Wenn die Autoren allerdings die Wirtschaftsleistung herausrechnen, die sowohl mit der Verbreitung der Internetanschlüsse als auch mit dem Demokratieniveau korreliert, ergibt sich eine charakteristische Verzerrung, die sie als regionalen Effekt interpretieren: Die eurasische Demokratie habe eine stärkere Korrelation zum BIP und zur Internetdurchdringung als jede andere Region. In Asien und dem Nahen Osten jedoch zeige sich kaum ein relevanter Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie. „This lends credit to the theory that the Internet may only affect democracy in certain situations. Put plainly, this leaves us with an extremely important question: Has the Internet served as an agent for democratic change in some parts of the world (e.g. Africa) but not in others (e.g. the Middle East)?“ (Best/Wade 2009: 263).

Für solche anhand großer Länder-Samples durchgeführte Untersuchungen stellen Staaten wie Singapur Ausreißer dar, da hier eine hohe Internetdurchdringung mit einer Fortdauer oder sogar Konsolidierung autoritärer Strukturen einhergeht. George (2005) spricht in diesem Zusammenhang von einem *penetration/participation paradox*. Als Ausreißer erscheinen sie jedoch nur aufgrund einer Reihe von bestimmten, nicht explizit gemachten Prämissen.

1. Defizite der dargestellten Ansätze

Fast allen Texten zum Verhältnis von Internet und Demokratie liegt ein liberales Weltbild US-amerikanischer Prägung zugrunde, in dem als Bedrohung von Freiheit vor allem der Staat gesehen wird². Das Internet dagegen wird als Hort der Selbstorganisation und Freiheit konzeptualisiert. Nach dieser Logik wird mit der Ausbreitung des Netzes der Zivilgesellschaft ein

Mittel an die Hand gegeben, den Staat noch besser zu bekämpfen bzw. ihn in seine Schranken zu weisen. Der demokratisierende Effekt des Internets wird als Folge der Reduzierung des Staats gesehen (z.B. Faris/Etling 2008).

Die Fälle, in denen autoritäre Regime trotz Verbreitung des Internets an der Macht bleiben, werden als Fälle analysiert, in denen der Staat es geschafft hat ins Internet vorzudringen, zum Beispiel in Form von Zensur (vgl. Khalatil/Boas 2003). Anstelle der automatischen Aushebelung des Staats tritt das Bild, dass sich im Internet Staat und Zivilgesellschaft ein Gefecht liefern. Die Zuschreibung, dass staatliches Handeln autoritär und zivilgesellschaftliches freiheitlich und demokratiefördernd ist, bleibt jedoch erhalten.

Diese Perspektive, die in den meisten Arbeiten vorherrscht, zeichnet sich durch eine Reihe von Defiziten aus: Demokratie wird reduziert auf die Geltung einiger formaler Anforderungen wie (Rede-)Freiheit, Wahlen und Rechtsstaatlichkeit. Dass mit diesem System liberaler Demokratie ein charakteristisches staatliches Engagement einhergeht, beispielsweise in Form eines Sicherheits- und Justizapparats, wird ausgeblendet. Dagegen wird jede Form von Regulierung – ohne Unterscheidung, ob es sich um eine auf demokratischen Entscheidungen beruhende Form von Regulierung handelt oder nicht – als tendenziell freiheitsberaubender staatlicher Eingriff gesehen. Darüber hinaus werden wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure vom Staat unterschieden, denen in der gleichen undifferenzierten Art eine Orientierung auf freiheits- und demokratieförderndes Handeln zugesprochen wird. Dieses geschieht ungeachtet der Tatsache, dass – wie das Beispiel der Selbstzensur von Google in China gezeigt hat – wirtschaftliche Akteure um des Marktzugangs willen bereit sind, mit autoritären Regierungen Verträge zu schließen und weitreichende Eingriffe zu akzeptieren, solange es sich im Gesamtgeschäft rechnet. Ebenso unbeachtet bleibt, dass die EntwicklerInnen von Zensursoftware etc. private Unternehmen sind, die ihre Zensurtechnologie als Ware verkaufen (z.B. Morozov/Myers 2011). Bezüglich der Einschätzung der Zivilgesellschaft wird übersehen, dass zahlreiche Beispiele für die Nutzung des Internets durch rechte und nationalistische Bewegungen bekannt sind.

Ebenso schwer wie diese demokratietheoretischen Defizite, die mit dem Weltbild einer liberalen Demokratie US-amerikanischer Prägung einhergehen, wiegt das verkürzte Verständnis des Staats, der als gegebene Struktur, als äußerlicher Apparat mit einer bestimmten Eigendynamik

erscheint. Dieses Staatsverständnis fällt hinter Arbeiten zurück, die in der Folge von Nicos Poulantzas den Staat als soziales Verhältnis konzeptualisieren und damit die Dynamik der Transformation des Staates unter den Bedingungen von Globalisierung erfassen können (Brand et al. 2007; Brand 2010; Demirović 2007, 2010).

Schließlich verbindet die meisten Texte zum Verhältnis von Internet und Demokratie der Bezug auf eine bestimmte Raummetapher. Das Internet wird konzeptualisiert als ein neu entstandener Raum – wie eine Art neu entdecktes Land, bei dessen Eroberung nun die Zivilgesellschaft gegen den Staat kämpft. Sehr deutlich wird diese Metapher in Manifesten der InternetaktivistInnen selbst, wie der Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace: „Governments of the Industrial World, [...] I come from Cyberspace, the new home of Mind. [...] You are not welcome among us. You have no sovereignty where we gather“ (Barlow 1996).

Bei dieser Vorstellung erscheint der Raum jedoch als ein von der Informationstechnologie hergestellter Raum, der – wenn auch nicht im gleichen physikalischen Sinn wie der kartesische Raum – wegen seiner mathematisch-technischen Fundierung eine Art Container-Raum darstellt. Diese Vorstellung fällt hinter Theorien zurück, die Raum als sozial konstruiert analysieren und damit unter anderem erklären können, wie Machtkonstellationen, Herrschafts- und Produktionsverhältnisse den Raum nicht nur strukturieren, sondern erst entstehen lassen (Belina/Michel 2007; Wissen 2007).

In den folgenden Abschnitten werde ich die Genese und die Spezifika der Internetregulierung in Singapur darstellen. Bezüglich der historischen Ereignisse beziehe mich hauptsächlich auf die Darstellungen von Terence Lee (2010) und Cherian George (2007). Auf dieser Grundlage werde ich diskutieren, welches Verständnis von Staat und Raum ange setzt werden muss, wenn man den Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie untersuchen möchte.

2. Singapur und das Regierungssystem des austarierten Zwangs

Der Stadtstaat Singapur liegt an der äußersten Spitze der malaiischen Halbinsel und zählt gegenwärtig etwas über 5 Millionen Einwohner, die zu 75 Prozent chinesischer, 14 Prozent malaiischer und 9 Prozent indischer

Abstammung sind (die restlichen BewohnerInnen werden als AusländerInnen oder „andere“ klassifiziert) (Wijeysingha 2006). Hervorgegangen aus einem komplizierten Prozess der Loslösung von Großbritannien ab dem Jahr 1959 und einem gescheiterten Prozess der gemeinsamen Staatsbildung in der malaiischen Föderation, zeichnet die Regierung Singapurs das Bild einer permanenten existenziellen Bedrohung: Als chinesische Enklave sei man in einer mehrheitlich von muslimischen MalaiInnen und IndonesierInnen bewohnten Umgebung von außen bedroht, und – seit den gewaltvollen Unruhen Ende der 1960er Jahre – von innen einer ständigen Gefahr ethnischer Konflikte ausgesetzt. Wirtschaftlich ist das Land wegen seines Mangels an Bodenschätzen und seiner geringen Fläche auf Handel bzw. auf den Weltmarkt ausgerichtete arbeits- und wissensintensive Produktion angewiesen.

Unter diesen Bedingungen entstand ein paranoides autoritäres Regimes, das das gesamte Regierungshandeln auf die eine Logik des *survivalism* gründet und innere und äußere Gefahren bekämpft, um Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung als oberstes Staatsziel zu verfolgen (Lee 2010: 3). Gemessen an diesem Ziel ist die Regierung äußerst erfolgreich: Singapur wurde wegen seiner zentralen Lage und seiner Stabilität als Brückenkopf zahlreicher international agierender Firmen gewählt, die von hier aus ihre Geschäfte in den unruhigeren Nachbarländern unternehmen. Die Stadt zählt als *Global City*, deren Bedeutung auf ihrer Funktion als regionales und internationales Zentrum beruht.

Die politische Kraft hinter diesem Erfolg ist die People's Action Party (PAP), die Singapur ununterbrochen seit 1959 regiert und erst bei der letzten Wahl im Mai 2011 mit einer Mehrheit von 81 von 87 Sitzen im Parlament in ihrer Rolle bestätigt wurde. Der charismatische Führer Lee Kwan Yew war von 1959 bis 1990 Premierminister und hat das Amt an seinen Sohn Lee Hsein Loong vererbt, der seit 2004 die Regierung führt. Diese Kontinuität erreichte die PAP durch ihren wirtschaftlichen Erfolg und eine subtile soziale Kontrolle. Öffentliche Wohnungsbauprojekte, in denen zur Verhinderung von ethnischen Unruhen die Zusammensetzung der BewohnerInnen staatlich geplant wird, sowie ein Sozialversicherungssystem, das der staatlichen Verwaltung über Renten- und Krankenversicherung Zugriff auf die Bevölkerung ermöglicht, sind Elemente eines umfassenden *social engineering* (Wijeysingha 2006).

Gleichzeitig sorgen im Hintergrund drakonische Strafandrohungen für Disziplin in der Bevölkerung: Singapur kennt körperliche Züchtigung als Strafe für einige Vergehen, und gemessen an der Größe der Bevölkerung werden hier die meisten Todesurteile weltweit vollstreckt. Konkret relevant für die Einhegung politischer Opposition ist jedoch der *Internal Security Act*, ein Gesetz, das noch zur Zeit der britischen Kolonialzeit zur Bekämpfung von kommunistischen Aufständen erlassen wurde und das der Regierung erlaubt, unter bestimmten Umständen Menschen ohne Gerichtsverhandlung für viele Jahre ins Gefängnis zu werfen. In den Jahren 1963 und 1987 wurden in spektakulären Operationen mehrere Dutzend Oppositionelle, GewerkschafterInnen und AktivistInnen verhaftet und ohne Verhandlung interniert (Jordan 2009).

Das herausstechendste Merkmal dieses Systems ist jedoch gerade nicht eine offene Zwangsherrschaft. Singapur ist wegen seiner wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf angewiesen, im Inneren eine berechenbare Rechtssprechung zu pflegen und nach außen als verlässlicher Vertragspartner in internationalen Abkommen zu gelten. Eine willkürliche Justiz und unberechenbare politische Gewaltanwendung kann sich Singapur daher nicht leisten (bzw. glaubt es sich nach der Logik des Diktatordilemmas nicht leisten zu können). Ebenso achtet die Regierung in Singapur darauf, sich in regelmäßigen Wahlen zu legitimieren und sich mit allen anderen Attributen einer Demokratie, wie zum Beispiel einer differenzierten Presselandschaft, zu schmücken.

Was in Singapur herrscht, ist vielmehr ein fein austarierter Zwang (*calibrated coercion*, George 2007), der die Bevölkerung zur Selbstdisziplinierung erzieht und die Anwendung von offenen Zwangsmaßnahmen weitgehend unnötig macht. Dieses System wiederum zeichnet sich dadurch aus, dass es keinem Masterplan folgt, sondern vielmehr in einem evolutionären Prozess entstand, bei dem die Partei weniger einer zusammenhängenden Ideologie als vielmehr einem radikalen Pragmatismus folgte: „Pragmatism is governed by ad hoc contextual rationality that seeks to achieve specific gains at particular points in time and pays scant attention to systematicity and coherence as necessary rational criteria for action“ (Chua Beng Huat 1995: 58).

Dieser Pragmatismus prägt die Entscheidungen und Reaktionen der Regierung bei wichtigen Weichenstellungen, an denen die Machtposition der Partei neu verhandelt wird, wie etwa bei Wahlen und bei der Einführung neuer Kommunikationstechnologien wie dem Internet.

3. Die Architektur der Kontrolle: OB-Marker, Diskurs der Öffnung und Speakers' Corner

3.1 OB-Marker als Bausteine des Kontrollsystems

Am Beispiel der Beherrschung traditioneller Medien wie Zeitungen wird die Art und die Genese des Kontrollsystems deutlich: Singapur verfügt traditionell über eine reiche Zeitungslandschaft. Ebenso wie gegen die OppositionspolitikerInnen in den 1960er und Ende der 1980er Jahre schritt die Regierung 1971 gegen drei Zeitungen ein und übte mit voller Gewalt Zensur aus: Nach einem kritischen Artikel gegen die Regierungspolitik verschwanden die Herausgeber unter dem *Internal Security Act* hinter Gittern, und die Lizenz wurde den Zeitungen entzogen (George 2007: 133f). Nachdem sich jedoch internationale KorrespondentenInnen über die „willkürlichen Eingriffe der Regierung in den privaten Geschäftssektor“ (ebd.: 134) beschwert hatten, schwenkte die Regierung um und tarierte die Beherrschung der Zeitungen in anderer Weise aus: Mit dem *Newspaper and Printing Press Act* von 1974 führte die Regierung sogenannte Management-Aktien ein, deren HalterInnen ein 200-faches Stimmrecht im Aufsichtsrat haben. Diese Aktien wurden Banken und verdienten Mitgliedern des Establishments zugeteilt; so sicherte sich die Regierung eine indirekte Kontrolle über die grundlegende Ausrichtung der Zeitungen, ohne in die privatwirtschaftlichen Zusammenhänge zu sehr einzugreifen (George 2007: 135; Lee 2010: 131).

Im Hintergrund bleiben jedoch drakonische Strafanrohungen weiter bestehen und können bei Bedarf jederzeit von der Regierung aktiviert werden: Neben der allgegenwärtigen Bedrohung durch den *Internal Security Act*, dessen Nutzung seit dem 11. September 2001 einen Aufschwung erfahren hat und international weniger geächtet ist, setzte die Regierung zum Beispiel den *Official Secrets Act* – ein Gesetz gegen Spionage aus dem Jahre 1935 – ein, um JournalistInnen abzuschrecken, vertrauliche Informationen aus der politischen Welt zu verwerten (Lee 2010: 131).

Die Grenzen, bis zu denen ein Journalist bei der Berichterstattung gehen kann, werden von sogenannten OB-Markern gesteckt. Das Wort steht für *out-of-boundary marker* und ist aus dem Golfsport übernommen. Damit ist die Regel gemeint, dass ethnische, religiöse und politische Probleme nicht öffentlich thematisiert werden dürfen. Es handelt sich dabei jedoch um informelle Regeln, die nie in einem administrativen oder legis-

lativen Vorgang festgelegt wurden, sondern anhand von gelegentlichen öffentlichen Einlassungen ranghoher RegierungsvertreterInnen zu wichtigen Präzedenzfällen ableitbar sind. Durch solche „Warnschüsse“ macht die Regierung klar, dass sie eine Grenze verletzt sieht, bei deren wiederholter Übertretung mit dem Einsatz offener Zwangsmaßnahmen gerechnet werden muss. Die besondere Wirkung der OB-Marker hängt mit ihrer Ambiguität zusammen (Raymond Lim 2003, zit. nach Lee 2010: 97): Die Grenzen des Sagbaren sind nirgendwo genau definiert und bewirken so eine weitreichende vorausseilende Selbstzensur. Die Regierung bestreitet die Existenz solcher Marker nicht – vielmehr deutet sie sie in Orwell’scher Manier um: Die Marker dienen dazu, so der Regierungssprecher, „die Grenzen des Bereichs zu markieren, den der Premierminister gerade im Begriff ist, zu erweitern“ (Chan 1994, zit. nach Lee 2010: 97).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Kontrollregime auf mehreren Säulen beruht: Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Regierungspartei und den Zeitungsverlagen ist die materielle Grundlage für langfristige Interessenüberschneidungen. Darüber hinaus sichert die Regierung ihren Zugriff über eine institutionell abgesicherte überproportionale Stimmenmehrheit in den Aufsichtsräten. Auf der Ebene der JournalistInnen greifen Techniken, die mit Foucaults Konzept der Gouvernamentalität erfasst werden können: Eine Kombination aus unklar definierten Regeln und drakonischen Strafen, die faktisch selten exekutiert, jedoch real sind, stimuliert ein hohes Maß an Selbstzensur (für eine ausführliche Diskussion entlang der Konzepte Foucaults vgl. Lee 2010).

3.2 Diskurs der Öffnung und Speakers’ Corner

Die Erkenntnis, dass die Wirtschaft Singapurs nur dann konkurrenzfähig bleiben kann, wenn sie sich ganz nach außen öffnet, führte in den 1990er Jahren zu einem Diskurs der Öffnung. Neben der Fundierung der Wirtschaft auf Handel und arbeitsintensive Produktion beschloss die Regierung ein Programm, um wissensbasierte Ökonomie zu fördern. Die durch die indirekten Zensurmaßnahmen ausgelöste Apathie der Menschen in Singapur erschien hierbei zunehmend als Hindernis, und die Regierung entschloss sich, Kreativität durch größere Meinungsvielfalt zu stimulieren. Ein Wechsel an der Regierungsspitze wurde zum Anlass genommen, eine breit angelegte Debatte zur Rolle der Zivilgesellschaft anzustoßen; mit dem

1999 lancierten Programm *Singapore 21: Together, We make the difference*. proklamierte der damalige Premier Goh Chok Tong eine neue politische Kultur der Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Orientierung an Prinzipien von Good Governance (Lee 2010: 89ff).

Ein symbolischer Akt dieses Aufbruchs war im Jahr 2000 die Einrichtung einer Speakers' Corner im Hong Lim Park, der eine lange Geschichte als Ort von Demonstrationen hat. Dem Speakers' Corner im Londoner Hyde Park nachgebildet, wurde eine Ecke als Ort der freien Rede ausgewiesen, und über eine Novelle des *Public Entertainments Act* (dabei umbenannt in *Public Entertainments and Meetings Act*) wurde das Abhalten von Reden, die sonst unter dem *Public Entertainments Act* registriert werden müssen, an dieser Stelle erlaubt. So entstand – ganz konkret – ein geografisch abgegrenzter neuer Raum, der für die freie Rede ausgewiesen wurde.

Seine faktische Nutzung verdeutlicht jedoch die sozialen Mechanismen und Strategien der Regierung: Eine Auflage war, dass sich RednerInnen 30 Tage im Voraus bei der benachbarten Polizeistelle anmelden, wo sie unter anderem darüber belehrt wurden, dass alle Gesetze Singapurs ohne Abstriche gelten (2008 wurden die Bestimmungen gelockert und eine Onlineregistrierung ermöglicht). Dieser Hinweis machte klar, dass alle OB-Marker gelten und die üblichen Tabuthemen nicht angesprochen werden dürfen (Gomez 2002: 85). Der neue Raum wurde innerhalb dieses Rahmens von zahlreichen RednerInnen genutzt (Kurlantzick 2000; William 2009), und nur bei wenigen Anlässen kam es zu Zwischenfällen, bei denen die Staatsgewalt einschritt und sich genötigt sah, die Verhaltensregeln genauer zu definieren: So versuchte zum Beispiel im Jahr 2000 die NGO *Think Centre* bei einer Rede ein Megaphon zu benutzen, was jedoch von der Polizei untersagt wurde. Eine spätere Veranstaltung von NGOs am Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 2000 unter dem Titel „Abolish ISA (Internal Security Act)“ wurde als Demonstration gewertet, und ein Teilnehmer bekam eine Verwarnung, da die Veranstaltung als solche hätte genehmigt werden müssen (Gomez 2002: 66, 86f). Als 2002 ein Oppositionspolitiker über das von der PAP erlassene Verbot von muslimischen Schleiern in Schulen sprach, wurde er offiziell verwarnt und polizeilich verhört, was klar machte, dass die OB-Marker auch für diesen Bereich gelten.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass an der Speakers' Corner keine massiven Kämpfe zwischen der Regierung und oppositionellen Kräften

ausgetragen werden mussten, es mussten keine Machtverhältnisse neu ausgefochten werden und kein neues Kontrollsystem erfunden werden. Die Regierung musste nur in wenigen Fällen ihre Muskeln spielen lassen, als sie von oppositionellen Gruppen herausgefordert wurde, deren Ziel es gerade war, die Grenzen auszutesten. Kleinere Präzedenzfälle genügten, um die Geltung der Regeln zu bekräftigen. Eine mögliche Erklärung für dieses reibungslose Funktionieren der Kontrolle ist die Annahme, dass die geltenden Regeln, das gesamte Verhalten der Menschen als Voreinstellung (*default*) in den neu ausgewiesenen Raum übertragen wurde. Mit der Gesamtheit der sozialen Beziehungen, in die die Menschen eingebunden sind, wurde auch der Staat – verstanden als soziales Verhältnis im Sinne Poulantzas' – in diesen neuen Raum hineingetragen.

Hier soll jedoch eine weiterreichende Interpretation vertreten und die Raummetapher als solche angezweifelt werden: Mit dem Abstecken des Grundstücks im Park war kein neuer Raum entstanden, den es auf neue Weise zu befüllen galt, sondern der Akt des Absteckens selbst, als Regierungsakt, konstituiert einen Raum mit einer bestimmten Struktur. In der gleichen Art, in der die Existenz von OB-Markern vom Regierungssprecher als Akt der Öffnung umgedeutet wird, bedeutet auch die Einrichtung einer Speakers' Corner zunächst nichts anderes als eine Bestätigung der Kontrollkompetenz der Regierung.

3.3 Internetkontrolle und der Diskurs der Öffnung

In Bezug auf das Internet lassen sich vergleichbare Prozesse erkennen. Bereits 1986 wurde ein erster *National IT Plan* zur Profilierung Singapurs als kreatives intelligentes Mediendrehkreuz und als Wissensökonomie verabschiedet (Lee 2010: 108). Umgesetzt wurde der Plan von der staatlichen Agentur Infocomm Development Authority (IDA) und der Media Development Authority (MDA). Dieser Plan wurde später ausgeweitet und 2000 unter dem Namen *A Vision of an Intelligent Island: IT2000Report* ein noch ehrgeizigeres Programm aufgelegt. Den bisherigen Höhepunkt staatlicher Förderung des Internets stellt das im Juni 2006 veröffentlichte Programm *Intelligent Nation 2015 (iN2015)* dar, das gegenwärtig von der IDA umgesetzt wird und die Integration aller bisherigen Anschlüsse in ein einziges allumfassendes, ultraschnelles Breitbandnetz leisten soll. So entsteht nach dem Plan der Regierung mit einer Übertragungsrates von

einem Gbit/s³, 90Prozent Breitbandanschluss in allen Wohnungen und 100 Prozent Computerzugang für Kinder das voraussichtlich leistungsstärkste Netz der Welt.

Die Regierung sah sich bei ihren Plänen vor der Herausforderung, das Netz zwar ökonomisch nutzbar zu machen, die politische Kontrolle jedoch nicht zu gefährden. Dazu führte man bereits sehr früh ein originelles System der Internetkontrolle ein: Anstatt jede/n einzelne/n HomepagebetreiberIn zur Registrierung zu zwingen, wurde mit dem *Class Licence Scheme* gesetzlich festgelegt, dass jede/r BetreiberIn automatisch als Internet-Content-Provider registriert ist und damit den Gesetzen des Rundfunks zur Selbstkontrolle unterliegt (Lee 2010: 113ff). Nur AnbieterInnen von politischen oder religiösen Inhalten müssen sich extra registrieren lassen.

Eine Liste mit 100 Webseiten wurde definiert, deren Zugang in Singapur gesperrt ist (Lee 2010: 116). Technisch wird diese Sperre umgesetzt, indem der gesamte Internetverkehr verpflichtend über Proxy-Server geleitet wird, die in Singapur angesiedelt sind und in denen die Sperrungen registriert sind. Bei den Internet-Providern wiederum handelt es sich um eine begrenzte Zahl von Firmen, die in der Hand der Regierung sind, oder bei denen die Regierung hinreichend große Mehrheiten hält.

Die Liste der 100 gesperrten Seiten ist keine erschöpfende Liste. Sie entfaltet ihre Wirkung auf symbolischer Ebene und über Mechanismen der Selbstzensur: Die Kanalisierung über Proxy-Server gewährleistet, dass die Regierung im Prinzip die gesamte Internetkommunikation abhören kann. Diese Zugriffsmöglichkeit, gekoppelt mit der Tatsache, dass die Liste ständig aktualisiert wird, hat den gleichen Effekt wie die OB-Marker: Sie macht deutlich, dass die Regierung die Frage, was im Internet abrufbar ist, für relevant hält und stimuliert eine weitreichende Selbstzensur der InternetnutzerInnen.

Ähnlich wie bei der Einrichtung der Speakers' Corner kam es zu kleineren Zwischenfällen: Der Akteur, der die Grenzen neu herausforderte und die Regierung zum pragmatischen Einschreiten bewog, war wiederum die NGO *Think Centre*, die aus Anlass der Parlamentswahlen von 2001 versuchte, über das Internet eine offene politische Debatte zu stimulieren.

Über die Webseite von *Think Centre* bildete sich eine Gruppe mit dem Namen *Politics 21* – in Anspielung auf das Regierungsprogramm zur politischen und zivilgesellschaftlichen Öffnung des singapurianischen Systems

Singapore 21 –, die direkt über politische Fragen debattieren wollte (Gomez 2002: 58f). Nach dem ersten Treffen wurden jedoch die OrganisatorInnen von der Polizei mit dem Vorwurf verhört, sie hätten eine öffentliche Veranstaltung organisiert, ohne sie gemäß des *Public Entertainment and Meetings Act* bei den Behörden genehmigen zu lassen. Bei den Verhören wurden ausgedruckte Listen mit den Namen derer vorgelegt, die sich über den URL des *Think Centre* angemeldet hatten (Gomez 2002: 60). Die Botschaft war eine zweifache: Zum einen wurde klar gemacht, dass die Regierung das Netz nicht als Privatraum, sondern als öffentlichen Raum sieht, in dem dessen Gesetze gelten. Zum anderen zeigte die Regierung, dass sie in der Lage ist, alle Informationen, die über das Netz verschickt werden, zu scannen.

Think Centre richtete daraufhin eine interaktive Funktion ein, die sie *Speakers' Corner Online* nannten, mit der sie die *Speakers' Corner* im Hong Lim Park ergänzen und die freie Rede im Internet fördern wollten. Die Regierung antwortete jedoch im Juli 2001 mit einer Novelle des *Parliamentary Elections Act* (PEA) (Lee 2010: 125): Neben der bereits existierenden Bestimmung, dass Webseiten mit politischem Inhalt bei der Singapore Broadcasting Authority registriert werden müssen, wurde spezifiziert, dass die BetreiberInnen einer Plattform verantwortlich für alle dort publizierten Inhalte sind. Nach zwei Aufforderungen vom Election Department zur Löschung von Inhalten stellte *Think Centre* daraufhin die *Speakers' Corner* online ein (Lee 2010: 127).

Die Regulierung des Netzes folgte also der gleichen Logik wie die Kontrolle der Printmedien: Wirtschaftlich sind die Provider mit der Regierung eng verflochten und eine unterspezifizierte Liste von gesperrten Seiten stimuliert als OB-Marker die Selbstzensur.

Damit stellt die Internetregulierung ein weiteres Beispiel für die pragmatische Vorgehensweise der Regierung dar, die sich nicht mit grundsätzlichen Fragen der Beherrschbarkeit des Internets aufhält und versucht, über einen Masterplan die Kontrolle im Netz zu behalten, sondern am konkreten „Problemfall“ bewährte Regulierungstechniken in kleinen Schritten weiterentwickelt. Sie verlässt sich dabei implizit auf die Wirkmächtigkeit der bereits existierenden Kontrollstrukturen, die die Selbstzensur stimulieren und die es unwahrscheinlich machen, dass es zu einem massenhaften Aufbegehren kommt. Anders als die von liberaler Demokratietheorie inspirierten Arbeiten zum Verhältnis von Internet und Demo-

kratie es erwarten lassen, lässt sich nicht beobachten, dass sich Zivilgesellschaft und Staat im neuen Raum *cyberspace* ein Gefecht liefern, bei dem der Staat als Waffe Zensurmaßnahmen und die Zivilgesellschaft neue, durch die Internettechnik bereitgestellte Formen zivilen Ungehorsams und freier Meinungsäußerung ins Feld führen.

Mit Bezug auf die Raummetapher lässt sich die effiziente Internetkontrolle im Sinne von Gomez (2002) und George (2005, 2007) so interpretieren, dass Gesetze und Regeln aus der Offlinewelt in den neu eröffneten Cyberspace übertragen wurden. Die sozialen Kräfteverhältnisse, und mit ihnen die staatlichen Strukturen mit all ihren Prozessen des Regierens und Regiert-Werdens, wirken fort.

Im Fall Singapurs liegt jedoch eine weitreichendere Interpretation nahe, die vom Regierungsdiskurs der Öffnung ausgeht und die die Metapher des Cyberspace als neuen, zu erobernden Raum in Zweifel zieht: Dadurch, dass das Internet im Zuge der ehrgeizigen Infrastrukturprogramme der Regierung eingerichtet und sukzessive ausgebaut wird, wird dieser Raum bereits in einer spezifisch vorstrukturierten Art erzeugt – nicht nur auf materieller Ebene, dadurch, dass die Regierung über die Server verfügt und die Mehrheiten in den Providerfirmen hält, sondern auch auf symbolischer Ebene, dadurch, dass sie sich als AkteurInnen der Öffnung profilieren.

3.4 Die Kontrolle der Blogosphäre

Die erfolgreiche Ausweitung des Einflussbereichs der Regierung durch Schaffung und Regulierung des Cyberspace wurde allerdings seit Mitte der 2000er Jahre herausgefordert: Das Web 2.0, Blogs und andere interaktive Formen des Informationsaustauschs bekamen eine immer größere Bedeutung und entfalteten im Zusammenhang mit der Parlamentswahl von 2006 eine eigene Dynamik, die die Grenzen der Selbstzensur zu sprengen drohte. Die Reaktion auf diese Herausforderung führte im Umgang mit dem Netz zu einer neuerlichen Umorientierung der Regierung, deren Erfolg in den Parlamentswahlen von Mai 2011 zumindest teilweise bestätigt wurde.

Blogging war im Prinzip abgedeckt von den Regelungen, die bereits im Zuge der Wahl 2001 spezifiziert worden waren. Ebenso wie auf einzelnen Webseiten ist Wahlwerbung und die Diskussion politischer Themen verboten bzw. unterliegt den Regelungen zur Registrierung politischer Webseiten und führt nach dem bekannten Muster zu einer weitreichenden

Selbstzensur. Die Regierung versuchte zunächst, den Regeln anhand von Präzedenzfällen zur Geltung zu verhelfen. 2005 wurde der Blogger AcidFlask wegen übler Nachrede angeklagt, nachdem er einen kritischen Artikel zur Wissenschaftsplanung der Regierung veröffentlicht hatte. Ein Filmmacher und Blogger, Marty Sen, dessen kontroverser Film *Singapore Rebel* schließlich verboten wurde, wurde verhört, und drei weitere Blogger wurden unter dem seit 1966 nicht mehr angewendeten Gesetz wegen Volksverhetzung angeklagt, nachdem sie rassistische Bemerkungen veröffentlicht hatten (Lee 2010: 134f). Auf diese Weise rahmten die Regierung und die Mainstream-Medien die Blogs als Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Der Informationsminister Lee Boon Yang bezeichnete die Blogosphäre als „chaotic and disorganized, with many half-truths and untruths masquerading as fact“ (Lee Boon Yang 2006). Lee Hsien Loong, der Premierminister, unterstrich 2007, dass Stimmen im Internet, besonders solche, die anonym auftreten, nicht das gleiche Gehör finden dürften, da sie in einer Umgebung operierten, in der auch TerroristInnen und Pädophile auftreten können (Lee Hsien Loong 2007: 11).

Während des Wahlkampfs zur Wahl 2006 wurden die Regelungen jedoch nicht strikt verfolgt, obwohl sich mehr und mehr BloggerInnen zu politischen Themen äußerten. Lee (2010: 134) interpretiert die Zurückhaltung der Regierung als Furcht, dass bei einer Verfolgung der BloggerInnen die zu erwartende schlechte Presse der Regierung mehr schaden als nützen könnte. BloggerInnen luden ihre eigenen Berichte von Wahlkampfveranstaltungen ins Netz, kommentierten Veranstaltungen und gaben damit sogar zum Teil den Mainstream-Medien die Themen vor, über die diese berichten mussten. James Gomez bezeichnete die Wahlen später als die ersten Internetwahlen Singapurs (Lee 2010: 136). Insgesamt verlor die PAP zwar 8,7 Prozent der Stimmen und rutschte von 75,3 Prozent auf 66,6 Prozent ab. Sie konnte jedoch wegen des Mehrheitswahlrechts mit 82 von 84 Sitzen ihre überwältigende Stimmenmehrheit im Parlament verteidigen. Dennoch setzte bei der PAP eine kritische Reflexion und ein Prozess der Neuorientierung ein. „The Government has to adopt to the digital age. [...] We will use the media – multimedia, podcasts, vodcasts – all these things which you get in the Internet or somebody sends to you by e-mail“ (Lee Hsien Loong 2006).

Fortan engagierte sich die PAP offensiv in der Blogosphäre: Die wichtigste Mainstream-Tageszeitung *Straits Times*, der durch die BloggerInnen

der Rang als Leitmedium streitig gemacht wurde, richtete ein Format des *citizen journalism* mit dem Titel STOMP „Straits Times Online Mobile Print“ ein und beauftragte eine Gruppe bunt zusammengewürfelter Celebrities, Nachrichten zu kommentieren (Lee 2010: 136).

Die ParlamentarierInnen der PAP begannen, offensiv in Blogs zu publizieren – allen voran George Yeo, der Außenminister, der in den späten 1990er Jahren Minister für Kommunikation und Kultur war und für die Architektur des Systems des ausbalancierten Zwangs verantwortlich ist. Diese Aktionen waren Teil einer groß angelegten Kampagne, die die PAP im Sinne einer Aufstandsbekämpfungsstrategie (*counter-insurgency*) aufgelegt hatte: Verschiedene Komitees, denen ParlamentarierInnen, InternetspezialistInnen und junge engagierte PAP-AnhängerInnen angehörten, bearbeiteten die Aufgabe, die Meinung im Netz in Richtung Establishment zu beeinflussen. Dazu wurden BloggerInnen engagiert, die auf kritische Äußerungen in Blogs reagieren sollten. Interessanterweise war ein bewusst gewähltes Mittel der Meinungspflege, dass diese Pro-Establishment-Blogger anonym auftraten. „The identity is not important. It is the message that is important“ zitiert Li (2006) die Meinung des Regierungskomitees.

Ein weiteres Ereignis war entscheidend für einen Umschwung im Umgang mit Blogs: 2007 kam es zu einer erneuten Auseinandersetzung zwischen dem Blogger AcidFlask und dem Leiter der Regierungsstelle für Forschungsförderung A*STAR. Diesmal veröffentlichte der Leiter der Stelle die Bemerkungen, wegen derer er AcidFlask verklagt hatte. Die öffentliche Meinung schwenkte um und richtete sich nun gegen den Blogger, dessen Einlassungen tatsächlich als diffamierend wahrgenommen wurden (Ng 2007).

Durch ihre Aktionen änderte sich die Wahrnehmung von Blogs in der öffentlichen Meinung grundlegend: Anstatt Blogs weiterhin als Hort der freien und ungehinderten Meinungsäußerung anzusehen, entstand eine kontroverse Debatte unter den BloggerInnen über die Frage, welchen Stellenwert die Anonymität im Netz hat, wenn auch die Regierungspartei dort unter Pseudonymen bloggt und systematisch in die Meinungsbildung eingreift. Im Nachklang zum Diffamierungsvorfall wurde in Blogs die Frage diskutiert, ob BloggerInnen sich selbst regulieren sollten, was die BloggerInnen-Gemeinschaft in BefürworterInnen und GegnerInnen einer solchen Selbstregulierung spaltete (Lee/Kan 2009).

Interessanterweise nahmen die Vorfälle Debatten vorweg, die in der westlichen Welt später ebenso geführt wurden: Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der US-amerikanischen Botschaftsdepeschen durch die Enthüllungsplattform *Wikileaks* spaltete sich die öffentliche Meinung, und in einigen Umfragen sprach sich sogar die Mehrheit um der staatlichen Sicherheit willen gegen eine Veröffentlichung geheimer Dokumente aus (Tageschau 2010). Nach den Anschlägen in Norwegen entstand eine Kontroverse über die Frage, ob im Internet Klarnamen vorgeschrieben werden sollten, um illegale Handlungen im Bedarfsfall verfolgen zu können (Lüke/Füller 2011).

Hier zeigt sich, dass die Zuschreibungen an bestimmte technische Eigenschaften des Netzes, wie sie von den VerfechterInnen einer liberalen Demokratietheorie vorgetragen werden, nicht zutreffend sind. Anonymität und die Möglichkeiten einer freien und unregulierten Veröffentlichung stehen in keinem intrinsischen Zusammenhang mit dem progressiven demokratischen Charakter des veröffentlichten Inhalts. Die singapurianische Regierung hat das erkannt und – in gewohnt pragmatischer Art – auf der Grundlage dieser Erkenntnis ihre Kontrolle umorganisiert. Sie hat damit einen genialen Schachzug getätigt: Indem sie die neuen Medien nicht mehr als Konkurrenz behandelte und nicht mehr versuchte, über offene Zensur oder die Herbeiführung von Selbstzensur Stimmen zum Schweigen zu bringen, sondern indem sie das Netz einfach in allen Aspekten nutzte, wie es auch regierungskritische NutzerInnen tun, hat sie es geschafft, die Blogosphäre als das erscheinen zu lassen, was sie ist: ein Teil der singapurianischen Gesellschaft, in der der Staat sich nicht neu erfinden und durchsetzen muss, sondern in der die PAP auf ihren Vorsprung an Ressourcen vertrauen kann, um die Herrschaftstechniken anzuwenden, denen sie auch offline vertraut.

Im Mai 2011 wurde in Singapur erneut gewählt und die PAP konnte mit 81 von 87 Stimmen ihre Mehrheit im Parlament verteidigen. Dass bei diesem Wahlkampf auf der Seite von *The Online Citizen* (TOC) kontrovers über politische Themen diskutiert werden konnte und etwa auch offen über Fragen von Selbstzensur und die subtilen Techniken der Angst gebloggt wurde, hat zu keiner erdrutschartigen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse geführt. Die PAP hat Stimmenverluste und den Verlust eines Wahlkreises hinnehmen müssen – ihre Macht ist angegriffen, aber nicht gebrochen. Zentrale AktivistInnen wie James Gomez, die seinerzeit das Internet als Werkzeug für eine Demokratisierung stark machen wollten,

konzentrieren sich heute auf Fragen des Wahlrechts und der Menschenrechte, wenn sie nach Ansatzpunkten für eine politische Strategie für eine Demokratisierung in Singapur suchen (Gomez 2008, 2011).

4. Schluss

Arbeiten zur Frage, ob eine Durchdringung des Internets in einem Land zu mehr Demokratie führt, behandeln Singapur und andere autoritäre Staaten wie China, Vietnam, mit Einschränkung auch Malaysia und Thailand, als regionale Besonderheiten. Am Beispiel der Genese der Internetregulierung in Singapur habe ich diskutiert, inwieweit diese Sichtweise mit bestimmten Grundannahmen einer liberalen Demokratietheorie und einem verkürzten Konzept von Staat zusammenhängen.

Auf der Grundlage einer kritischen Staatstheorie in der Folge von Poulantzas, die den Staat als soziales Kräfteverhältnis sieht, und einer kritischen Raumtheorie werden die Entwicklungen in Singapur systematisch erklärbar. Indem sie nicht mehr als Ausnahme erscheinen, werden sie als Erfahrung für eine realistische Einschätzung der demokratisierenden Potenziale des Internets für NetzaktivistInnen nutzbar.

Literatur

- Barkawi, Tarak (2011): The Globalisation of Revolution. In: Al Jazeera, 21.3.2011.
<http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/03/2011320131934568573.html>, 10.8.2011.
- Barlow, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace. Davos, 8.2.1996. http://w2.eff.org/Censorship/Internet_censorship_bills/barlow_0296.declaration, 28.9.2011.
- Baumgartner, Christof (2011): Im Schneckentempo zur Datenautobahn. In: Computerwelt 11.03.2011, S. 6.
- Belina, Bernd/Michel, Boris (Hg., 2007): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography – eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Best, Michael/Wade, Keegan (2009): The Internet and Democracy: Global Catalyst or Democratic Dud? In: Bulletin of Science, Technology & Society 29 (4), 255-271.
- Brand, Ulrich (2010): Globalisierung als Krise des Fordismus und ihrer Überwindung. Poulantzas' Überlegungen zur Internationalisierung von Politik und

- Ökonomie. In: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayalı, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als soziales Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 97-114.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtung zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: PROKLA 147, 37 (2), 217-234.
- Castells, Manuel (2001): The Internet galaxy: reflections on the Internet, business, and society. Oxford: Oxford University Press.
- Chua, Beng Huat (1995): Communitarian Ideology and Democracy in Singapore. London: Routledge.
- Clinton, Hillary (2011): Internet Rights and Wrongs: Choices & Challenges in a Networked World. Transcript of Secretary of State Clinton at George Washington University, 15.2.2011. Washington, DC: US Department of State. <http://www.state.gov/secretary/rm/2011/02/156619.htm>, 26.10.2011.
- Clinton, William (2000): America Has a Profound Stake in what Happens in China. Transcript of President Clinton speech on US-Chinese Trade Relations. Washington, DC: White House/Office of the Press Secretary, 8.3.2000. <http://www.usinfo.org/wf-archive/2000/000308/epf302.htm>, 15.11.2011
- Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex (2010): Materialistische Staatstheorie und die Transnationalisierung des kapitalistischen Staates. In: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayalı, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als soziales Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 53-80.
- Deutsche Welle (2011): Global Media Forum: Programme Brochure. Bonn: Deutsche Welle. <http://www.dw-world.de/>, 26.11.2011.
- Europäische Kommission (2010): A Digital Agenda for Europe. COM(2010) 245 final/2, 26.8.2010. Brüssel: Europäische Kommission.
- Faris, Robert/Etling, Bruce (2008): Madison and the Smart Mob: The Promise and Limitations of the Internet for Democracy. In: The fletcher forum of world affairs 32 (2), 65-85.
- George, Cherian (2005): The Internet's Political Impact and the Penetration/Participation Paradox in Malaysia and Singapore. In: Media, Culture and Society 27 (6), 903-920.
- George, Cherian (2007): Consolidating Authoritarian Rule. Calibrated Coercion in Singapore. In: The Pacific Review 20 (2), 127-145.
- Gomez, James (2002): Internet Politics. Surveillance and Intimidation in Singapore. Bangkok/Singapore: Think Centre.
- Gomez, James (2008): Online Opposition in Singapore: Communications Outreach Without Electoral Gain. In: Journal of Contemporary Asia 38 (4), 591-612.
- Gomez, James (2011): Electoral Democracy and Human Rights: Civil Society Engagement in Political Reform in Singapore.

- Vortrag im Rahmen der 1st International Conference on International Relations and Development (ICIRD) on „Governance, Human Rights and Development: Challenges for Southeast Asia and Beyond“, 19.–20.5.2011, Thammasat University, Bangkok, Thailand.
- Groshek, Jacob (2009): The Democratic Effects of the Internet, 1994–2003 – A Cross-National Inquiry of 152 Countries. In: The International Communication Gazette 71 (3), 115-136.
- Hassanpour, Navid (2011): Media Disruption Exacerbates Revolutionary Unrest: Evidence from Mubarak’s Natural Experiment. In: American Political Science Association (APSA) 2011 Annual Meeting Paper. <http://ssrn.com/abstract=1903351>, 10.9.2011.
- Jordan, Rolf (2009): Gegen Kommunisten und Terroristen. Repression und eingeschränkte Bürgerrechte in Malaysia und Singapur vor und nach dem 11. September 2001. In: Grabowski, Maike/Herold, Heiko/Jordan, Rolf (Hg.): Sicherheit kontra Menschenrechte. Antiterrorpolitik in Asien. Bad Honnef: Horlemann, 127-143.
- Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C. (Hg., 2003): Open Networks, Closed Regimes: The Impact of the Internet on Authoritarian Rule. China, Cuba and the Counterrevolution. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Kurlantzick, Joshua (2000): Love My Nanny: Singapore’s Tongue-Tied Populace. In: World Policy Journal 17 (4), 69-74.
- Lee, Boon Yang (2006): New Media, Same Rules. E-mail interview with Minister for Information, Communications and the Arts Lee Boon Yang. In: The Straits Times, 15. April 2006. http://www.asiaone.com/st/st_20060415_385386.html, 10.8.2011.
- Lee, Hsien Loong (2007): Singapore’s Role in View of the New Powers to be in Asia. In: Werner vom Busch und Tobias Rettig, eds., 7th Asian-European Editors’ Forum, Singapore: Konrad Adenauer Foundation, 2007.
- Lee, Terence/Kan, Cornelius (2009): Blogospheric pressures in Singapore: Internet discourses and the 2006 general election. In: Continuum 23 (6), 871-886.
- Lee, Terence (2010): The Media, Cultural Control and Government in Singapore. London/New York: Routledge.
- Li Xueying (2006): PAP moves to counter criticism of party, Govt in cyberspace. In: The Straits Times 3.2.2006. http://www.spp.nus.edu.sg/ips/docs/media/yr2007/ST_PAP%20moves%20to%20counter%20criticism%20of%20party%20Govt%20in%20cyberspace_030207.pdf, 10.8.2011.
- Lüke, Falk/Füller, Christian (2011): Pro & Kontra Anonymität im Netz. In: Die taz, 11.8.2011.
- Morozov, Evgeny (2009): The Internet: A Room of Our Own? In: Dissent 2/2009, 80-85.
- Morozov, Evgeny/Myers, Joanne (2011): The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom. Podiumsdiskussion, Carnegie Council, New York, 25.1.2011.

- <http://www.carnegiecouncil.org/resources/transcripts/0349.html>, 10.9.2011.
- Ng, Aaron (2007): Clarification from A*Star over AcidFlask incident. <http://aaron-ng.info/blog/clarification-from-astar-over-acidflask-incident.html>, 20.8.2011.
- Shultz, George (1985): Shaping American Foreign Policy: New Realities and New Ways of Thinking. In: *Foreign Affairs* 63 (4), 705-721.
- Tagesschau (2010): Deutschlandtrend: Umfragen zu den Veröffentlichungen bei WikiLeaks. Tagesschau, 2.12.2010. http://www.tagesschau.de/multimedia/video/ondemand100_id-video0818524.html, 2.11.2011.
- Taubman, Geoffrey (1998): A not-so world wide web: the Internet, China and the challenges to non-democratic rule. In: *Political Communication* 15, 255-272.
- Wijeyesingha, Vincent (2006): *Social Engineering in Singapore: Social Policy, State Making and the Quest for Economic Success*. London/New York: Routledge.
- William, Ramesh (2009): „Speak or (and?) be damned“. In: *I-S*, 8.9.2009. <http://www.webcitation.org/5sliKB5GY>, 10.9.2011.
- Wissen, Markus (2007): Politics of Scale. Multi-Level-Governance aus der Perspektive kritischer (Raum-)Theorien. In: Brunnengräber, Achim/Walk, Heike (Hg.): *Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt*. Baden-Baden: Nomos, 229-249
- Yang, Guobin (2003): The Internet and civil society in China: A preliminary assessment. In: *Journal of Contemporary China* 12 (36), 453-475.
- Zaw Oo (2006): Exit, Voice and Loyalty in Burma: The Role of Overseas Burmese in Democratising Their Homeland. In: Wilson, Trevor (Hg.): *Myanmar's Long Road to National Reconciliation*. Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 231-259.
- Zhou, Yongming (2006): *Historicizing online politics: Telegraphy, the Internet, and Political Participation in China*. Stanford: Stanford University Press.

Abstracts

Der Artikel widmet sich der Frage, wie der Zusammenhang zwischen der Internetverbreitung und dem Demokratieniveau in einem Land konzeptualisiert werden kann. Während zahlreiche WissenschaftlerInnen und EZA-PraktikerInnen aufgrund seiner technischen Eigenschaften von einer demokratiestimulierenden Wirkung des Internets ausgehen, verweisen jüngere quantitative und qualitative Studien immer wieder auf Fälle wie Singapur, wo eine weitreichende Internetverbreitung mit einer Konsolidierung autoritärer Herrschaft einhergeht. Eine Analyse der Genese und Struktur der Internetkontrolle in Singapur zeigt, dass die zugrunde liegenden Prozesse

nur mithilfe einer kritischen Staatstheorie zu erfassen sind, die sich von einer Dichotomie zwischen Staat und Zivilgesellschaft verabschiedet und den Staat als gesellschaftliches Verhältnis konzeptualisiert.

The paper deals with the question of how to conceptualise the connection between the spread of the internet and democracy. Many scholars as well as practitioners of development cooperation have taken for granted the democratising effect of the internet because of its technical particularities. However, more recent quantitative and qualitative studies have pointed to exceptions like Singapore, where a high internet penetration coincides with a consolidation of authoritarianism. An analysis of the genesis and the structure of internet control in Singapore shows that the underlying processes can only be captured with the help of a critical state theory that overcomes a simple dichotomy of state versus civil society and instead conceptualises the state as a societal relation.

Wolfram Schaffar
Institut für Internationale Entwicklung
Universität Wien
Sensengasse 3, A-1090 Wien
wolfram.schaffar@gmx.de

- 1 So zum Beispiel das Global Media Forum der Deutschen Welle, in dessen Rahmen die Facebook-Seite „We are all Khaled Said“ von Wael Ghonim (www.facebook.com/ElShaheed) als Best Social Activism Campaign und Lina Ben Mhenni mit dem Blog-Award ausgezeichnet wurde (Deutsche Welle 2011).
- 2 Castells weist 2001 bereits auf diese charakteristische Verzerrung hin, wenn er die unterschiedliche Bedeutung des Begriffs „libertär“ in Europa und den USA herausstellt (Castells 2001: 33).
- 3 Das ambitionierte Programm Singapurs ist nur vergleichbar mit dem Japans und Südkoreas. In Deutschland ist lediglich geplant, 75 Prozent der Haushalte bis 2014 mit mindestens 50 MBit/s auszurüsten (ein Zwanzigstel der Übertragungsrates von Singapur). Der letzte IK-Plan der österreichischen Regierung stammt aus dem Jahr 2005. Seither überlässt die Regierung den Ausbau der Infrastruktur dem Marktgeschehen (Europäische Kommission 2010; Baumgartner 2011).